

Polen

Kai-Olaf Lang

Polen bleibt weiterhin ein integrationsfreundlicher Mitgestalter der europäischen Politik. Dies zeigt auch die Phase zwischen Herbst 2012 und 2013, in der Polen für eine EU des Zusammenhalts und der Gemeinschaftsmethode focht. Wichtigste Aktiva waren hierbei eine proeuropäisch eingebettete Interessenpolitik, aufmerksame Präsenz in den EU-Institutionen und vitale bilaterale Kontakte zu europäischen Partnern, insbesondere Deutschland, den Visegrád-Ländern und den nordisch-baltischen Staaten. Ein beachtlicher Erfolg bei den Verhandlungen um den EU-Haushaltsrahmen und Polens weithin geschätzte Rolle als Akteur der europäischen Ost- und Nachbarschaftspolitik sind sicherlich auch auf diese Faktoren zurückzuführen. Polnisches Selbstbewusstsein äußerte sich hingegen in der Klimapolitik, wo Warschau die polnischen Belange beharrlich gegen Druck aus Brüssel und einigen Hauptstädten verteidigt. Unbehagen bereiten Polen weiterhin Folgen der Verschuldungs- und Finanzkrise. Hierbei geht es nicht so sehr um die wirtschaftlichen Implikationen, mit diesen ging Polen als fiskalkonservativer und reformorientierter Staat des neuen europäischen Nordens bislang robust um. Im Vordergrund steht vielmehr die Sorge, dass die Vertiefung der Eurozone Nicht-Euro-Länder wie Polen in einen Randbereich der Integration drängen könnte. Was Europa angesichts dessen nun brauche sei „Einheit basierend auf Solidarität und vollem Verantwortungsbewusstsein“.¹

Innenpolitik

Die Regierung Tusk geriet innenpolitisch weiter unter Druck. Dice Popularitätswerte des Regierungschefs und seiner Partei, der Bürgerplattform (PO), sanken auf bedrohliche Tiefstände. Hierzu führten sowohl Effekte der Reformpolitik, umstrittene Maßnahmen wie die Umstrukturierung des Rentensystems als auch ein allgemeiner Verschleiß nach mehr als einem halben Jahrzehnt im Amt, einer für polnische Verhältnisse einzigartig langen Zeitspanne. Gleichwohl konnte Tusk seinen innerparteilichen Rückhalt und damit auch seine Position als Regierungschef sichern. Bei der erstmals in Form einer Mitgliederabstimmung vorgenommenen Wahl zum Parteivorsitz erreichte Tusk im Sommer 2013 knapp 80% der Stimmen. Tusks Gegner, der von diesem im April 2013 als Justizminister abberufene Jaroslaw Gowin, verließ daraufhin mit einigen seiner Anhänger die PO und gründete dann seine eigene Partei *Polen zusammen (Polska Razem)*. Zwar schmolz die Mehrheit des Regierungslagers im Parlament dadurch zusammen, doch blieb die Koalition in der Lage, sich bei wichtigen Abstimmungen durch Abtrünnige aus der Opposition ausreichend zu verstärken. Aus Sicht Tusks und der PO brachte auch der Ausgang eines kommunalen Referendums in Warschau Mitte Oktober 2013 Entlastung. Dieses hatte darauf abgezielt, die PO-Politikerin und Warschauer Oberbürgermeisterin Hanna Gronkiewicz-Waltz abzurufen. Die Aufrufe der PO, nicht an der Abstimmung teilzunehmen, zeigten Wirkung, und die Opposition konnte nicht genug Bürger an die Wahlurnen bringen, um das für

1 So Ministerpräsident Tusk: Europa nam sie nie znudzila, 11.7.2013, <http://platforma.org>.

die Gültigkeit erforderliche Quorum zu erreichen. Ein weiterer Punktsieg für Tusk war die Niederlage seines alten Rivalen Grzegorz Schetyna bei Wahlen zu regionalen PO-Strukturen in Niederschlesien. Allerdings ging dieser Erfolg mit erheblichen Problemen einher, da in diesem Zusammenhang Bestechungsvorwürfe laut wurden.²

Eingedenk des ungünstigen Umfelds, reagierte Tusk nach einigem Zögern im Spätherbst 2013 mit einer lange erwarteten umfangreichen Regierungsumbildung, bei der u.a. der altgediente Finanzminister Rostowski gehen musste. Parallel hierzu kündigte Tusk einen „zweiten Schritt“ seiner Politik an: Die Ära des „Wiederaufbaus“ und „der Investitionen in Infrastruktur“ sei nun vorüber und Milliarden Zloty und Euro, die für den „Bau der Fundamente“ verausgabt worden seien, hätten von nun an spürbar den Menschen zu nützen.³ Unterstrichen wurde dieses Anliegen durch die Aufwertung der als erfolgreiche „Macherin“ geltenden Ministerin für Regionalentwicklung Elzbieta Bienkowska. Diese erhielt ein Superministerium für Entwicklung, Verkehr und Infrastruktur und wurde zur stellvertretenden Regierungschefin ernannt.

Trotz positiver Umfragewerte blieb die Situation für die vom früheren Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski geführte Oppositionspartei *Recht und Gerechtigkeit (PiS)* schwierig. Der für die PiS federführend mit der Aufklärung der Smolensk-Flugzeugkatastrophe von 2010 befasste Ex-Innenminister Antoni Macierewicz musste peinliche Pannen eingestehen.⁴ Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarnosc, Piotr Duda, stärkte u.a. durch große Protestaktionen zusammen mit anderen Arbeitnehmerorganisationen sein politisches Profil und muss von Jaroslaw Kaczynski und der PiS sowohl als Partner wie auch als möglicher Konkurrent angesehen werden. Kontroverse Äußerungen Kaczynskis etwa über den KMU-Sektor, der vielfach noch bis heute als „Zufluchtsort für Leute aus dem alten System“ fungiere,⁵ überschatteten etwa die Kommunikation neuer wirtschaftspolitischer Ideen der Partei. Dass die Partei dennoch demoskopisch weit besser als die PO abschnitt, dürfte daher eher als Schwäche der Regierungspartei denn als Stärke der PiS gedeutet werden. Ungeachtet dessen war die PiS nach wie vor mit dem Problem mangelnder potentieller Bündnispartner konfrontiert, während die PO neben ihrem derzeitigen Koalitionär, der *Bauernpartei (PSL)*, Brücken zur sozialdemokratischen *Linksallianz (SLD)* baute⁶ und auch zur sozialliberalen und kirchenskeptischen Bewegung *Twój Ruch* ein pragmatisches Verhältnis pflegte.

Polen und der Mehrjährige Finanzrahmen

Die Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (MFR) waren für die polnische Regierung ein vorrangiges Thema der Europapolitik. Die Regierung stand dabei nicht nur unter innenpolitischem Druck, sondern erachtete die Brüsseler Mittel auch aufgrund der positiven Erfahrungen der ablaufenden Finanzperiode als bedeutendes Instru-

2 Awantura po wyborach w dolnoslaskiej PO. Kto komu dal prace?, in: Gazeta Wyborcza, 29.10.2013, www.wyborcza.pl.

3 Drugi krok Tuska. „Ja na pewno dam rade“, in: Gazeta Wyborcza, 23.11.2013, www.wyborcza.pl.

4 Einer der Sachverständigen in der von Macierewicz geleiteten Kommission zur Aufklärung des Flugzeugunglücks erklärte öffentlich, er habe angebliche Informationen, die einen Anschlag auf die Präsidentenmaschine bestätigen könnten, niemals besessen, sondern habe nur geblöfft; Ekspert Macierewicza: No co wy, na zarzecz sie nie znacie?, in: Newsweek Online, 17.10.2013, www.newsweek.pl.

5 Kaczynski: Biznes czesto to przystan ludzi PRL, Interview mit Jaroslaw Kaczynski, in: Rzeczpospolita, 4.9.2013, www.rp.pl.

6 SLD-Chef Leszek Miller erklärte, seine Partei sei schon jetzt in einer pragmatischen, „klugen Opposition“ zur PO; Rzeczy z PiS sa niemozliwe, Interview mit Leszek Miller, in: Rzeczpospolita, 16.11.2013, www.rp.pl.

ment für Wachstum und Entwicklung. In den politischen Spitzen herrschte hierbei die Auffassung, dass der nun auszuhandelnde MFR eventuell der letzte dieser Art sein könnte, weil es danach zur Absonderung eines Euro-Haushalts kommen könnte.⁷ So wollte und musste man mit einem guten Ergebnis aus den Verhandlungen kommen. In allen heißen Phasen, also vor und während den entscheidenden Europäischen Räten im November 2012 und im Februar 2013 brachte sich Polen daher dezidiert in die Gespräche ein. Übergeordnete Priorität war dabei die Abwehr von Kürzungen, insbesondere in der Kohäsions- und der Agrarpolitik. Polen aktivierte dafür weiter die Gruppe der „Freunde der Kohäsionspolitik“, suchte aber auch den Kontakt zu den Nettozahlern, insbesondere zu Deutschland. Auf Vorstöße aus dem Kreis der Nettobeiträger reagierte man mit Kompromissvorschlägen (etwa zur Abschwächung makroökonomischer Konditionalitäten gemeinsam mit den Visegrád-Ländern sowie Bulgarien und Rumänien) und Dialogangeboten (eigene Vorschläge und Unterstützung für die Idee des u.a. von Deutschland betonten *better spending* mit den Visegrád-Staaten). Bereits nach dem November-Gipfel deutete sich für Polen an, dass es zu keinen substantiellen Einschnitten in den für Polen relevanten großen Haushaltsblöcken kommen würde. Überdies zeichneten sich Regelungen ab, an denen Warschau ein klares Interesse hatte, wie etwa die Fortführung günstiger Kofinanzierungsregeln im Bereich der Kohäsionspolitik.⁸ Den endgültigen Kompromiss konnte Polens Premierminister nicht zu Unrecht als satten Erfolg verbuchen. Polen konnte in einem gestrafften Gesamthaushalt den Mittelzufluss erhöhen (von 102 Mrd. Euro auf knapp 106 Mrd. Euro). Warschau hatte es vermocht, seine Erzählung von einem gut ausgestatteten Haushalt als „proeuropäische Melodie für mehr Wachstum auf dem ganzen Kontinent“ zu verkaufen.⁹

Die Zukunft der Eurozone

Polens Europapolitik war weiterhin vom Bemühen geprägt, als Nicht-Euro-Staat möglichst eng an die Eurozone bzw. deren neue Governance-Strukturen angebunden oder sogar in diese eingebunden zu werden. Dies zeigte sich etwa im Zusammenhang mit der Etablierung einer europäischen Bankenunion. Hier wertete Warschau es als Erfolg, dass bei der Schaffung der einheitlichen europäischen Bankenaufsicht (SSM) zwei polnischen Hauptforderungen entsprochen worden sei: Nichtmitglieder des SSM könnten wegen der Entscheidungsregeln in der Bankenaufsichtsbehörde EBA (sog. doppelte Mehrheit für Euro- und Nicht-Euro-Länder) „komfortabel“ außerhalb des SSM bleiben. Nicht-Euro-Staaten, die der gemeinsamen Bankenaufsicht beitreten, hätten die rechtlich maximal mögliche Gleichbehandlung mit den Eurozonen-Mitgliedern erhalten.¹⁰ Die Lösungen im Kontext des SSM seien aus polnischer Sicht exemplarisch für die grundlegenden Ziele, die man bei der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion erreichen wolle: Neue Institutionen sollen offen für Nicht-Euro-Länder sein, diesen günstige Partizipationsmöglichkeiten sichern und ihnen die Möglichkeit geben, selbständig über Beitritt oder Fernbleiben zu entscheiden.¹¹ Obwohl aus polnischer Sicht auch bei der Ausgestaltung der zweiten Komponente der Bankenunion, dem Abwicklungsmechanismus (SRM), wichtige Anliegen berücksich-

7 Tusk: 300 miliardów plus 100, in: RP, 9.11.2012, www.rp.pl.

8 Zakonczył się szczyt UE w Brukseli. Brak porozumienia ws. Budżetu, Meldung der Nachrichtenagenturen PAP und IAR, 23.11.2012, www.wp.pl.

9 Tusk: Sukces Polski na szczycie UE zasługa decyzji kadrowych, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 14.02.2013, www.wyborcza.pl.

10 Komentarz ministra Jacka Rostowskiego do ustalen Rady ECOFIN, Communiqué des polnischen Finanzministeriums vom 13.12.2012, www.mf.gov.pl.

tigt wurden (so sollen Interessen von Heim- und Gastbanken abgewogen werden), traf Warschau vorerst keine klare Entscheidung, ob und wann man sich der Bankenunion anschließen sollte; sicherlich auch, weil man den polnischen Finanzsektor für robust hält und gleichzeitig Klärungsbedarf bei wichtigen Bausteinen der Bankenunion sieht.¹² Den von deutscher Seite angestrebten Vertragspartnerschaften von Eurozonen-Ländern bzw. Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stand Polen prinzipiell offen gegenüber, da man Schwächen der bestehenden Instrumente der wirtschaftspolitischen Koordinierung (beispielsweise den Länderspezifischen Empfehlungen) sieht. Allerdings würde man als Anreiz für reformwillige Länder Kredite (nach dem Muster von Entwicklungskrediten der Weltbank) und keine direkten Zahlungen bevorzugen.¹³

Parallel zum Wunsch, in die neue Eurozonen-Architektur involviert zu werden, lehnte Polen Vorschläge zur Neugründung von separaten Eurozonen-Strukturen jenseits der gegenwärtig vertraglich vorgesehenen weiterhin ab.¹⁴ Hierbei blieb man in Warschau wachsam, doch war ein Stück ruhiger als in den Vorjahren. Das Ende 2012 publik gemachte Arbeitspapier des Präsidenten des Europäischen Rates und drei anderer Vorsteher von EU-Einrichtungen („Quadriga-Bericht“) wurde nicht als Einstieg in eine Zwei-Klassen-EU gewertet, sondern als Ausdruck eines Reformverständnisses der Eurozone, das auf „Offenheit, Transparenz und Kompatibilität mit dem Binnenmarkt“ basiere.¹⁵ Auch der Umstand, dass man sich im Kontext der Verhandlungen um den MFR mit Erfolg gegen den Aufbau eines Eurozonen-Haushalts gewehrt hatte, wurde als Beitrag zu Wahrung des Zusammenhalts der EU wahrgenommen. Gleichwohl sah man ungebrochen eine Tendenz zu einer Teilabkopplung der Eurozone von der Union und nahm Vorschläge wie etwa die aus einem deutsch-französischen Dokument von Ende Mai 2013 (u.a. Etablierung von Eurozonen-Fachministertreffen, parlamentarische Dimension der Eurozone) mit Vorbehalten auf.

Energie- und Klimapolitik

Im Vordergrund der polnischen Energiepolitik standen die Weiterführung von Infrastrukturmaßnahmen, Diskussionen um den Zeitplan wichtiger Investitionen beim Kraftwerksbau, aber auch Diversifizierungsanstrengungen und Kooperationsprojekte im Gassektor. Hohe Wellen schlug ein Anfang April 2013 in St. Petersburg zwischen Gazprom und der polnisch-russischen Firma EuRoPol GAZ (ihr gehört der polnische Abschnitt der Transitpipeline Jamal) unterzeichnetes Memorandum über den Bau einer Gaspipeline. Durch diese hätte Gas aus Russland über Belarus und Polen in die Slowakei transportiert werden sollen, was die Ukraine als Transitland geschwächt hätte. Regierungschef Tusk

11 Polityka europejska Polski. Tak to widze, Blogeintrag von Piotr Serafin, Staatssekretär im polnischen Außenministerium, 11.9.2013.

12 So blieb zunächst unklar, woher in der Bankenunion Mittel für notleidende Banken aus Nicht-Euro-Staaten kommen würden; Donald Tusk chwali ustalenia o unii bankowej, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 25.10.2013, www.rp.pl.

13 Jak wzmożnic unijną architekturę nie zmieniając jej „kodu genetycznego“, Rede von Piotr Serafin, Staatssekretär im polnischen Außenministerium, bei der Konferenz „European Union = Eurozone?“, ECFR Warschau, 7.3.2013.

14 Redebeitrag von Staatssekretär Serafin anlässlich der Parlamentsdebatte über den Bericht des Außenministeriums zur Europapolitik im ersten Halbjahr 2013, Sprawozdanie Stenograficzne z 47. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 29 sierpnia 2013 r., S. 311, www.sejm.gov.pl.

15 Informacja dla Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej o udziale Rzeczypospolitej Polskiej w pracach Unii Europejskiej w okresie lipiec-grudzien 2012 r. (podczas prezydentury cyprijskiej), Bericht des Außenministers für Sejm und Senat zur Europapolitik im zweiten Halbjahr 2012, Warszawa, 13.8.2013, S. 5, www.sejm.gov.pl.

musste eingestehen, nicht vorab über dieses (von der polnischen Regierung abgelehnte) Projekt informiert gewesen zu sein, obwohl der staatlich kontrollierte polnische Gasversorger PGNiG Anteile an der EuRoPol GAZ hält. Infolgedessen verloren der polnische Minister für den Staatsschatz und die Vorstandsvorsitzende der PGNiG ihre Posten.¹⁶ Stärker durch die innerpolnische Situation bedingt war die zunehmende Debatte über Investitionsvorhaben zur Elektrizitätsgenerierung. Kritische Stimmen warfen der Regierung vor, nicht genug dafür zu tun, einer möglichen Kapazitätslücke entgegenzutreten, da bedeutende Projekte für geplante Kohlekraftwerke nicht vorankämen. Engpässe in der Stromversorgung in den Jahren 2016/2017 wurden auch vom polnischen Wirtschaftsministerium für möglich gehalten.¹⁷

Auf europäischer Ebene trat Polen effektiv für die Verankerung einer Reihe von Energieinfrastrukturprojekten in der Liste so genannter Vorhaben von gemeinsamem Interesse ein, für die u.a. Gelder aus der „Connecting Europe“ Finanzierungsfazilität bereitgestellt werden können. Überdies war man bemüht, auch im EU-Rahmen Aufmerksamkeit für Probleme im Zuge der deutschen Energiewende zu erhalten.¹⁸

Polen verteidigte unverändert seine Interessen bei der Ausgestaltung der europäischen Klimapolitik. Nachdem Warschau in der ersten Jahreshälfte 2012 durch sein Veto die *Roadmaps* für die EU-Energie- und Klimapolitik bis 2050 blockiert hatte, ging es in der Folgezeit weiterhin darum, den Weg der EU zu einer „ambitionierten“ (und für das „Kohleland“ Polen teuren) und CO₂-Reduktion nach 2020 zu erschweren bzw. Kosten der Dekarbonisierungsmaßnahmen für Polen zu reduzieren. Zu den vorrangigen Fragen gehörte hierbei die Diskussion über die künstliche Verknappung von Verschmutzungsrechten im europäischen Emissionshandelssystem ETS. Da es u.a. infolge der Wirtschaftskrise zu Überhängen bei den CO₂-Zertifikaten gekommen war, hatte die Europäische Kommission vorgeschlagen, durch eine temporäre Herausnahme von Berechtigungsscheinen aus dem Markt deren niedrigen Preis zu stabilisieren (sog. *backloading*). Nach langem Hin und Her votierte das Europäische Parlament im Juli 2013 für eine abgeschwächte Version des *backloading*. Polen war von Anfang gegen die Verschärfung des Zertifikatehandels, da man diese als eine nachträgliche Verzerrung der ETS-Regeln betrachtet, die nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch zur Verunsicherung von Marktteilnehmern führen werde. In Zeiten der Krise brauche Europa billige statt teurer Energie durch eine derartige „administrative Intervention“.¹⁹ Die künstliche Anhebung der Zertifikatepreise habe ohnedies nichts mit Klimapolitik, sondern mit Fiskalpolitik zu tun und diene etwa Finanzierungserfordernissen zum Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland.²⁰ Polen konnte letztlich eine Einigung von Kommission, Ministerrat und Parlament zum *backloading* nicht verhindern.

16 Rosyjski gaz znowu poróżnił polskich polityków, in: RP, 7.4.2013, www.rp.pl; Gazowe memorandum wyrwie rzad z energetycznego letargu?, in: GW, 10.5.2013, www.wyborcza.pl.

17 Vgl. Czy zima 2017 r. zabraknie w Polsce prądu?, in: GW, 7.8.2013, www.wyborcza.pl; Niedobór mocy energetycznych zagłada nam w oczy, in: RP, 6.8.2013, www.rp.pl; kritischer ist der Chef des Netzbetreibers PSE Majchrzak, demzufolge Kapazitätslücken bis 2022 anhalten können; Jak zyc z deficytem mocy?, Interview mit Henryk Majchrzak, Zentrum für Energiestudien (CSE) des Instituts für Marktwirtschaftsforschung, 4.10.2013, <http://cse.ibnigr.pl/jak-zyc-z-deficytem-mocy>.

18 So gelang es Polen zusammen mit den Visegrád-Staaten in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23.5.2013 einen Verweis auf „unplanned power flows“ zu verankern.

19 Korolec: Mamy kryzys, powinnismy wiecej walczyć o tania energie, Newseria, 20.5.2013, www.rynekinfrastruktury.pl.

20 Jaczewska, MS: backloading nie jest elementem polityki klimatycznej, Portal Wirtualny Nowy Przemysł, 16.10.2013, www.wnp.pl.

Besondere Aktivitäten entwickelte Polen mit Blick auf die globale Dimension der Klimapolitik, da das Land Gastgeber des für den November 2013 angesetzten Weltklimagipfels COP19 war. Polens Umweltminister Korolec erntete in diesem Zusammenhang insbesondere von heimischen Umweltorganisationen Kritik, da er angeblich keine neutrale Mittlerrolle einzunehmen gedachte, sondern durch seinen Vorsitz „wichtige Offensiv- und Defensivinteressen“ zur Geltung bringen wollte.²¹ Korolec und andere polnische Politiker hatten im Vorfeld des Gipfels insbesondere das polnische Kernziel betont, einer Verschärfung der Emissionsziele durch die EU nur zuzustimmen, wenn ein neues globales Klimaabkommen abgeschlossen werde.²² Eine klimapolitische „Vereinsamung“ der EU sei ökologisch kontraproduktiv und würde Europa wirtschaftlichen Schaden bringen.²³

Östliche Partnerschaft und Ukraine

Die Beziehungen der EU zu den östlichen Nachbarn blieben für Polens Europapolitik weiterhin ein Vorrangfeld. Polens Bemühungen zielten darauf ab, die Östliche Partnerschaft (ÖP) auf der politischen Agenda der EU zu halten und den Prozess der Aushandlung von Assoziierungsabkommen mit den Partnerstaaten mit Blick auf den für den November 2013 angesetzten ÖP-Gipfel in Wilna voranzubringen. Im Vordergrund stand dabei die Politik gegenüber der Ukraine, für deren EU-Annäherung Polen seit vielen Jahren eintrat. Trotz aller inneren Schwierigkeiten in der Ukraine votierte Polen dafür, der Ukraine nicht die Tür zur „westlichen Welt“ zu verschließen.²⁴ Sowohl nach den ukrainischen Parlamentswahlen vom November 2012 als auch mit Blick auf die Freilassung der inhaftierten Ex-Premierministerin Timoschenko plädierte Polen in der EU für eine Art pragmatische Prinzipientreue: Warschau appellierte an Kiew, man müsse die von der EU formulierten Bedingungen in Sachen Rechtsstaat und Demokratie erfüllen, gleichzeitig verwies man gegenüber den Partnern in der EU auf die strategische Bedeutung des Landes und warnte vor einem geopolitischen Abdriften der Ukraine nach Osten. Polen konnte bei seinen nachbarschaftspolitischen Tätigkeiten seine guten Beziehungen zu anderen Mitgliedstaaten nutzen. So reiste der polnische Außenminister Sikorski mit seinen Amtskollegen aus Schweden und Großbritannien im Februar 2013 in die Republik Moldau, zusammen mit dem schwedischen Außenminister besuchte Sikorski im Oktober 2013 Moldau, die Ukraine und Georgien. Im Mai 2013 organisierte Polen eine Zusammenkunft der Außenminister der Visegrád-Gruppe und der ÖP-Länder, an der auch die Hohe Vertreterin für Außenbeziehungen der EU teilnahm. Besonderen Nachdruck legte Polen auf die Unterstützung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Der von Polen initiierte Europäische Demokratiefonds wurde im Mai 2013 eröffnet. Ihm steht ein früherer polnischer stellvertretender Außenminister vor.²⁵

21 Klimatyczny Dzień Niepodległości. Alterglobalisci przeszkodza patriotom?, *Gazeta Wyborcza*, 6.8.2013.

22 Korolec wertete es als Erfolg, dass Polen im Oktober 2013 bei der Positionsfindung zu COP19 im Rat der EU-Umweltminister ein einseitige Heraufsetzung der europäischen Klimaschutzziele verhindert habe; Minister środowiska: stanowisko UE ws. klimatu to sukces Polski; Meldung der Presseagentur PAP, 14.10.2013, www.polskieradio.pl.

23 Korolec: Polska będzie wpływać na politykę klimatyczną UE, PAP, 28.6.2013, www.wnp.pl; Korolec: Jak wykorzystać szczyt klimatyczny, Interview mit Umweltminister Korolec, in: *Rzeczpospolita*, 12.11.2013, www.rp.pl.

24 Komorowski: Wybory na Ukrainie, to nie tylko kłopot, 9.11.2012, www.euractiv.pl.

25 Sikorski otworzy w poniedziałek siedzibę Europejskiego Funduszu na rzecz Demokracji, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 26.05.2013, www.msz.gov.pl.